

Gemeinsames Schreiben der Bürgerinitiativen (BI)

Bismarckstraße, „Keine Stadtautobahn durch Bremen!“ und Rembertiring

BI Bismarckstraße, c/o G. Suchodolski, Horner str. 125, 28203 Bremen; BI „Keine Stadtautobahn durch Bremen!“, c/o Günter Knebel, Ludwigsburger Str.22, 28215 Bremen; BI Rembertiring, c/o Ulrich Draub, Hermine-Berthold-Str. 5, 28205 Bremen

Herrn Senator Dr. Joachim Lohse
Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Entwicklung
Ansgaritorstraße 2
28195 Bremen

14. Juli 2011

Regelmäßige Überschreitung Grenzwerte für Luftbelastung im Kreuzungsbereich Bismarckstraße/Schwachhauser Heerstraße/Am Dobben

Sehr geehrte Herr Senator Dr. Lohse,

zunächst Ihnen alle guten Wünsche für Ihr Wirken als Senator in Bremen! Gern hätten wir Sie inhaltlich anders als mit dieser Problemanzeige willkommen heißen. Mit Interesse haben wir gehört und gelesen, dass Sie die Bremer Umweltzone als ein Instrument ansehen, „um gesunde Atemluft zu schaffen“. Sie sind auch bereits darüber informiert, dass „an vielbefahrenen Kreuzungen sind die Werte noch schlecht“ sind. Ihre Hoffnung, das werde sich „mit der dritten Phase der Umweltzone ändern“, teilen wir zwar, sehen aber die mangelnde Ausdehnung der Umweltzone und deren viele Ausnahmeregelungen als zumindest mitverantwortlich für dieses Defizit an, das Anwohner schädigt und gegen die EU-Richtlinien verstößt.

Nach einer Pressenotiz der taz vom 2/3. Juli, deren Inhalt durch Recherchen des Ortsamts Mitte/östliche Vorstadt heute grundsätzlich bestätigt wurde, hat die in Ihrem Hause zuständige Amtsstelle bisher keine Maßnahmen für ein unverzügliches Abstellen dieser EU-Verstöße ergriffen, sondern - u.E. eher im Gegenteil - eine weitere Fristverlängerung beantragt, um das EU-Verlangen zum Einhalten der Grenzwerte für Luftbelastung aufzuschieben. Wir lehnen dieses Begehren als kontraproduktiv ab und widersprechen dem entsprechenden Antrag mit folgenden Gründen:

1. Das Bündel von Gegenmaßnahmen gegen die Luftbelastung wurde seit dem Jahr 2006/2007 schrittweise reduziert. Noch im Jahr 2007 wurden der Luftreinhalteplan und die Umweltzone als zwei getrennte Maßnahmenpakete zur Senkung der Luftbelastung genannt. Die Jahresberichte des Umweltsenators zum Luftüberwachungssystem belegen dies; heute ist dort nur noch allein von der Umweltzone die Rede.
2. Die Umweltzone ist in Bremen recht klein bemessen und von vielen Ausnahmeregelungen durchlöchert, die ihre Wirksamkeit schmälern.
3. Das Verkehrskonzept Nordost hat bisher keine Auswirkungen auf die Luftbelastungen am Dobbenweg ergeben und für die Bismarckstraße wird bestenfalls der Lärmschutz verbessert.
4. Weitere Maßnahmen, wie z.B. ein spezielles Mobilitätsmanagement für große Kfz-Flottenbetreiber (wie das >Klinikum Mitte<) sind seit 2002 von uns immer wieder angemahnt, aber leider bis heute nicht in Bremen realisiert worden, d.h. ohne Erfolg für unsere Stadtteile geblieben. Dies wird von uns bedauert, zumal es dafür bundesweite Förderprogramme gibt.

5. Bei der Luftbelastung haben wir seit langer Zeit regelmäßig bei NO₂ eine Überschreitung der jeweiligen Grenzwerte hinnehmen müssen. In den letzten beiden Jahren war die Absenkung unter 35 Überschreitungen (beim TMW für PM 10) eine Folge der Verkehrsdämpfung durch die Baustelle am Concordia-Tunnel. Jetzt führt die neue freie Fahrt in Richtung Schwachhausen wieder zu einer deutlichen Zunahme der Feinstaubwerte an dieser Mess-Stelle, was bei dem hohen Anteil der Dieselfahrzeuge in Bremen nicht wundert. Zudem scheint die Bremer Verkehrsplanung bis heute nicht begriffen zu haben, dass eine Verstetigung des Verkehrsflusses nicht durch Beschleunigung und höhere Geschwindigkeiten erreichbar ist, was ADAC, Handelskammer und andere Kfz-Lobbyisten aus ideologischen Gründen regelmäßig behaupten. Oft führt nur eine Kombination verschiedenster Maßnahmen zu spürbaren Entlastungen von Verkehrsimmissionen; einen Königsweg zum Abbau von Belastungen gibt es in der Praxis meist nicht.
6. Auch sind immer wieder bei der Erfassung der Messwerte an den Verkehrsmess-Stellen >Merkwürdigkeiten< aufgetreten, die bei uns Zweifel an einer gründlichen Erfassung der Überschreitungszahlen für PM-10 aufkommen lassen. Auch bei der Bewertung dieser Daten ist die Gefährdung der Gesundheit in Bremen regelmäßig verschwiegen worden, obwohl auf diese Daten (z.B. in Bezug auf das Krebsregister) oft hingewiesen worden ist. (vgl. BI-Pressemitteilungen vom 14.07.2007 unter <http://neu.keine-stadtautobahn.de/index.php?page=pm20070714> und Aktion zum Weltklimatag vom 9. 12.2007 <http://neu.keine-stadtautobahn.de/index.php?page=pm20071209>)

Auf unsere Forderungen, die Probleme durch Lkw-(Nacht-)Fahrverbote und Lkw-Tonnagebegrenzung zumindest etwas zu lindern, haben wir oft in der Vergangenheit, zuletzt in den Jahren 2009 und 2010 durch Eingaben an die zuständigen Ortsbeiräte aufmerksam gemacht und dort weithin zustimmende Voten erhalten. (vgl. BI-Aktionen zur Luftreinhaltung auf der BI-website, Rubrik >Aktionen< unter <http://neu.keine-stadtautobahn.de/index.php?page=aktionen>)

Bisher nehmen wir aber nicht wahr, dass die senatorische Behörde diesen Empfehlungen der Beiräte gefolgt wäre. Auch die Messungen ergeben nun einmal mehr Klarheit darüber, dass hier großer Handlungsbedarf besteht, um die oft genug angemahnten Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten. Ein erneutes hinausschieben durch Bitten um eine Verlängerung, für die aus unserer Sicht berechnete Gründe fehlen, ist der falsche Weg, der die Übereinstimmung mit den EU-Richtlinien lediglich auf die „lange Bank“ schiebt. Demgegenüber ist tatkräftiges Handeln eines neugewählten Senats und Senators angesagt, um die Lebensqualität Bremens zu erhöhen, den eigenen umweltpolitischen Ansprüchen gerecht zu werden und die EU-Richtlinien zur Luftreinhaltung / Lärminderung termingerecht zu erfüllen. Dafür können Sie auch weiterhin auf unseren Zuspruch und unsere Unterstützung zählen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Unterschrift

Ulrich Draub

Günter Knebel

gez. Gert Suchodolski
(nach Abstimmung verreist)

p.s: Diesen Brief senden wir mit Bitte um Kenntnisnahme mit gleicher Post dem Umweltbundesamt in Dessau wie auch der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission in Brüssel.